

Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau
Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau
Band: 1 (1860)

Artikel: Anmerkungen zum Stadtbuch von Baden
Autor: Welti, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-4>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anmerkungen zum Stadtbuch von Baden

von

E. Welli.

Art. 1.

Alter und Entstehung des Stadtbuches.

Das Original, von welchem wir hier eine Abschrift geben, ist ein der Gemeinde Baden gehörender Pergament-Folioband von 53 paginirten Seiten. — Die Schrift ist durchweg die gleiche; mit Ausnahme der in Parenthesen gesetzten Stellen, welche später zugefügt wurden. Zwischen den einzelnen Artikeln findet sich bald mehr bald weniger leerer Raum und nach den Artikeln 69 und 110 je eine leere Seite. Wann das Stadtbuch niedergeschrieben wurde, ist nirgends angegeben. — Sprache und Schrift weisen aber auf den Anfang des 16. Jahrhunderts, in welcher Zeit auch die letzte Eintragung (am Montag vor Mittfasten 1529) stattfand.

Eine andere Frage ist die nach dem Alter der Quellen. — Am Mittwoch vor Katharinentag des Jahrs 1384 beschlossen die alten und neuen Räte der Stadt, ihre alten Rechte und Gewohnheiten zu erneuern und auch „Gesatzten“ zu thun „als das hienavch (in dem Stadtbuch) geschriben stavyt“. (Art. 1.) — Dass sich dieser Beschluss nicht auf das ganze Stadtbuch in der uns heute vorliegenden Redaktion beziehe, geht schon daraus hervor, dass sich in Art. 109 ein Verkommniss der aarg. Städte mit den Eidgenossen vom Jahre 1427 findet. — Ein verschiedenes Alter der einzelnen Theile des Stadtbuches ergibt sich auch aus andern Gründen.

Im Jahr 1369 am St. Thomastag stellte Herzog Leopold von Oestreich für sich und im Namen seines Bruders Herzog Albrecht der Stadt Baden einen Brief aus, des wesentlichen Inhaltes: dass Schultheiss, Rath und Burger von Baden vor ihm kuntlich gemacht hätten, „wie *All ir hantvest vnd brief über ire Recht, freiheit, gnad vnd gute Gewohnheit, verbrunnen seien*“, wesshalb sie bäten, dass er sie „*gnädeglich darumb ze versorgen geruchte*“. — Der Herzog verschreibt und bestätigt der Stadt, die nachgeschriebenen „*Stuck, die si ouch von Alter herbracht vnd gehabt habent, als wir des volleklich vnderwiset sein*“.

1. *wellich in der vorgenannten vnsern statt ze baden, oder in den grichten daselbs sitzent, das die ouch in allen sachen mit Vnseren burgern daselbs dienstbar sin, mit Reisen, mit Stüren, oder wie die dienst genant sin; on alle widerred vnd gefürd.*“

2. *Item ob vor vnserem Schultheissen daselbs, wenn er vmb das Pluet oder vmb den tod richtet, dhein Vrthel stössig wurde, das sol man*

wieder ziehen vnd vertigen für den Egenanten Schultheissn vnd für die zwölff der alten vnd nüwen rät daselbs ze baden, als es von alter herkommen ist.

3. Item Vnser Schultheiss vnd die geschwornen rät ze baden, setzent jegliches jares ander räte, vnd wenn si die by iren eiden erkisent vnd dünkt, das si Vns vnd der statt die Pesten syen, diselb mougen si, wenn wir in landes nit sin, bringen für vnsern landvogt, wer der ist, vnd gefallent si dem wol, der mag sie ein jar an vnser statt besteten, doch sollent sie vor im ein gelert eide ze den heiligen schweren, nicht anders ze raten noch ze vrteilen, denn was si recht vnd gut dünkt, vnd das dem vorgeannten vnsern bruder, vns vnd vnseren erben, vnser statt vnd den burgern daselbs das nutzist, das best vnd das gemeinist si, on alles Gefäre. — Wenn aber vnser vorgeannter bruder, wir oder vnser erben selbs by dem Lande sin, so sol man vns oder wem wir das empfehlen, die nüwen räte, die denn erwelt sind, fürbringen, die schweren vnd geloben sollen als si vor dem Landvogt teten, vnd als da vorgeschriben stat.

4. Was och dieselben vnser Schultheiss vnd die räte, die jedes jares also gesetzet werdent, wandelten in der egenanten vnserer stat mit vsetzen vnd absetzen, das sie sich by iren eiden erkennen, das es vns vnd der stat Nutz vnd Ehre si; dabi sol es beliben vnd sol si Nieman daran iren.

5. Welich si ze burgern in die vorgeannte Statt enphahent vnd die jar vnd tag on ansprach by inn seshaft sint, die mougen si darnach für ir eigen burger beheben, vnd sollen wir vnd vnser landvögte si daby schürmen vnd halten, wo sie des bedürfen. Sie mougen ouch all Gotthustlüte ze ingessen burger enphahen vnd nemen, vnd sol sie nieman daran iren, weder inwendig dem jar noch darnach. —

Der in dieser Urkunde erwähnte Verlust aller Handvesten und Briefe mag nun zunächst Veranlassung, wie zu dem herzoglichen Erlasse, so zu dem 15 Jahre spätern (1384) Rathsbeschlusse gewesen sein, das gesammte Stadtrecht zu erneuern. Welche alten Aufzeichnungen und welche Quellen überhaupt dem Stadtrechte zu Grunde lagen, lässt sich für den gesammten Inhalt desselben nicht entscheiden. — Dagegen bieten sich Anhaltspunkte, um zu ermitteln, aus welchen einzelnen Partien der erste Theil des Stadtbuches (bis Art. 38) besteht. —

I. Vor Allem wurden in diesen Theil aufgenommen: die von Herzog Leopold in dem Brief vom Jahr 1369 bestätigten „Stuck“. — Es sind in dem Stadtbuche die Art. 3. 28. 32. — Sie unterscheiden sich dadurch, dass sie sich auf die „besondere gnad“ berufen, während eine Reihe anderer Artikel im Eingang einfach „der gnade“ gedenkt. — Art. 28 gibt als Quelle dieser „besondern gnad“ die „vswisung vnd sag der handveste“ an und bezieht sich damit auf die dritte Bestimmung des Briefes von 1369.

Die besondere gnad ist also hier mit landesherrlicher urkundlicher Verleihung gleichbedeutend. — Dass das Wort Gnade nicht in dem gewöhnlichen Sinn aufzufassen ist, geht daraus hervor, dass in dem herzoglichen Briefe nur diejenigen „Stuck“ verschrieben werden, „die si ovch von alter herbracht vnd gehept habend.“ —

II. Eine andere Hauptquelle bildet das *Winterthurer Recht*. Es besteht dasselbe in derjenigen Form, in welcher es an Mellingen im J. 1297 mitgetheilt wurde, aus drei Theilen, 1. dem Briefe des Grafen Rudolf von Habsburg vom Jahr 1264. 2. dem Briefe des Königs Rudolf vom Jahr 1275. 3. aus einer Aufzeichnung der (ungeschriebenen) Gesetze und Gewohnheiten der Stadt Winterthur. — Alle drei Theile sind mit Ausnahme weniger Paragraphen in das Stadtbuch von Baden übergegangen, in welchem die einzelnen Bestimmungen vor den übrigen Artikeln dadurch ausgezeichnet sind, dass nur sie allein mit den Worten beginnen: „Wir hand ovch die gnad“, während in keinem der andern Sätze die „Gnade“ als Quelle der Rechtsbestimmung genannt ist. — Hieraus geht hervor, dass das Winterthurerrecht durch landesherrliche Verleihung an Baden übergang. Zu welcher Zeit und durch welchen Fürsten, darüber geben unsere Quellen gar keine Auskunft. — Jedenfalls geschah es vor dem Jahr 1369 und überhaupt vor dem Regierungsantritt Leopolds. — In dem Briefe des Letztern wird ausdrücklich gesagt, dass *alle* Handvesten der Stadt, welche sie von des Herzogs *Vorfahren* erhalten haben, verbrannt seien. — Es bliebe also nur noch die Möglichkeit, dass Herzog Leopold nach dem Jahre 1369 in einer zweiten Handveste das Winterthurerrecht an Baden verliehen habe. — Ein solcher Brief findet sich aber nicht vor und hat ohne Zweifel auch nie bestanden, indem er sonst ebenso wie der von 1369 in dem Stadtbuche (Art. 28) erwähnt wäre. — Unter allen Umständen ist das Badenerrecht das recipirte; es ergibt sich das schlagend aus dem Umstand, dass die Rechtssätze, welche in dem Winterthurerrecht als „Gewohnheiten“ bezeichnet sind, in dem Stadtbuch von Baden mit der oben erwähnten Gnadenformel beginnen. — Die Verleihung muss somit zwischen dem Jahre 1275 und dem Regierungsantritt von Herzog Leopold (1365) erfolgt sein. — Es ist sehr wahrscheinlich, dass Baden gleichzeitig mit Mellingen (1297) oder schon vorher sein Stadtrecht erhielt. — Baden mit seinen vielbesuchten uralten Bädern war als Sitz des Landvogtes und durch seine Veste unvergleichlich bedeutender als Mellingen, so dass nicht angenommen werden kann, dass es der Nachbarstadt gegenüber in Entwicklung des Rechtszustandes und in Bezug auf daherige landesherrliche Mitwirkung im Rückstande geblieben sei. — Ueber den Verkehr von Baden spricht sich eine Urkunde vom Jahr 1369, wodurch der Stadt die Errichtung einer Wechselbank bewilligt wird, folgendermassen aus: *wan wir wol bewiset sein, daz in vnser statt ze baden in Ergöw da grozze gastung vnd zukunft vil volkes vnd ouch mancherley wandelunge ist etc.* —

Zudem hatten, als Mellingen das Winterthurerrecht im Jahr 1297 verliehen wurde, schon alle aargauischen Städte ihre fürstlichen Handvesten, so dass man dasselbe für diese Periode mit aller Bestimmtheit auch für Baden voraussetzen kann. Der Wortlaut des Art. 1 des Stadtbuches gibt diessfalls noch zu einer Frage Veranlassung. Wenn nämlich von den Freiheiten und Gnaden die Rede ist, welche Stadt und Bürger haben „von den fürsten herzog albrechten vnd herzog lüpolten“, so ist unter Leopold ohne Zweifel der Aussteller des Briefes vom Jahre 1369 zu verstehen. Wer aber unter Albrecht? Ist es der Bruder des Leopold, oder der Grossvater dieser Beiden, der Kaiser? Weder

das Eine noch das Andere lässt sich beweisen. Das Letztere ist aber deshalb sehr wohl möglich, weil derselbe Albrecht, der Sohn Rudolfs, das Stadtrecht von Mellingen verliehen hat. Die letztere Annahme passt aber überhaupt auch sachlich besser, weil dann der Sinn der Einleitung dahin geht, dass das erneuerte Stadtbuch das von Herzog Albrecht I. verliehene (Winterthurer) Recht nebst den im Jahr 1369 von Herzog Leopold bestätigten Privilegien und Freiheiten enthalte.

III. Wie verhält es sich nun mit den Artikeln, welche nicht unter diese beiden Kategorien passen? Auch hierüber gibt die Einleitung des Stadtbuches Auskunft. Die Räte urkunden nämlich unter Berufung auf die besprochenen herzoglichen Rechte und Freiheiten, dass sie „*die alten recht vnd gewohnheit ernüwert habend vnd ovch gesetzten gethan habend, als das hienarch geschriben start.*“ — Also Aufzeichnungen alter Rechte und Gewohnheiten und neue Satzungen sind in dem Buche zu suchen. — Die noch zu besprechenden Artikel scheiden sich auch wirklich nach Form und Inhalt in dieser Weise aus. — Nach der Form in sofern, als die alten Rechte und Gewohnheiten regelmässig mit den Worten eingeleitet werden „*es sol ovch menklich wissen*“ „*wir hand ovch das recht*“ etc. — (Art. 2. 10. 13. 14 u. a.) während die neuen Satzungen ausdrücklich als solche bezeichnet sind: „*wir hand ovch ze recht gesetzt*“ (Art. 15) „*ovch sol menklich wissen, dass wir zuo recht gesetzt habend*“ (Art. 20) etc. — Die in dieser Form beginnenden Artikel sind auch dem Inhalte nach zum grössten Theil nur weitere Ausführungen oder Erläuterungen alter Rechtssätze (z. B. Art. 18. 19) oder formelle und polizeiliche Bestimmungen (z. B. Art. 20. 24. 26. 27). —

Wenn wir auf diese Weise den ersten Theil unseres Stadtbuches nach herzoglich verliehenem Recht, ferner nach alten Rechten und Gewohnheiten und endlich nach neuen Satzungen ausscheiden, so versteht es sich wohl von selbst, dass hiermit nur formelle Unterschiede gemeint sind. — Neben eigentlichen Privilegien enthielt das Recht der fürstlichen Handvesten ebenso gut altes Gewohnheitsrecht, als in den neuen Satzungen dieses letztere oft nur zum ersten Mal aufgezeichnet wurde. — Das Recht der Gesetzgebung stand damals noch grundsätzlich bei der Gemeinde; das Stadtbuch beruft sich ausdrücklich darauf, „*dass si harumb (nämlich zur Erneuerung der alten und Satzung der neuen Rechte) navch sag der brief vollen gewalt haben vnd es wol duon mugend.*“ — Die fürstliche Verleihung war mehr Bestätigung und Garantie des in der Gemeinde bestehenden, als Schöpfung von neuem Recht. —

Unmittelbar an die besprochenen 37 Artikel schliesst sich die kurze Steuerordnung an, auf welche von Art. 50 — 108 die strafrechtlichen Bestimmungen folgen. — Da die Stadt Baden, wie sich weiter unten ergeben wird, den Blutbann erst im Jahr 1431 erhalten hat, so ist nicht anzunehmen, dass bei der Stadtrechts-Erneuerung vom Jahre 1384 schon Satzungen über „*alle gerichte umb das bluot*“ aufgenommen worden seien. — Dieser Theil wurde ohne Zweifel erst im 15ten Jahrhundert beigefügt, so dass das Stadtrecht in der Redaction vom Jahr 1384 nur aus den besprochenen 37 Artikeln bestanden hat.

An das Strafrecht schliesst sich Art. 109, welcher über eine Ver-

handlung der aargauischen Städte mit den Eidgenossen vom Jahr 1427 referirt. Was hierauf folgt: der Artikel über die Morgengabe, die Metzger-, Pfister- und Müllerordnung (Art. 111 — 122) und endlich die ausführlichen Bestimmungen über Pfand- und Concursrecht, so sind sie ohne Zweifel erst nach jenem Jahr in das Stadtbuch aufgenommen worden. — Die Abschrift des Badener Stadtrechtes, welches sich in dem Gemeindecarchiv von Kaiserstuhl findet, schliesst mit dem Art. 122. — Aus einer vom Jahr 1578 datirten Inscription ergibt es sich, dass die Kaiserstuhler Abschrift hundert Jahre früher genommen wurde, sonach hätte das Pfandrecht vor dem Jahre 1478 noch keinen Bestandtheil des Stadtbuches gebildet. —

Art. 2. 3. 4. 9.

Rechtsverhältnisse der in der Stadt wohnenden Hörigen.

„Angesessener Bürger“ war und hiess nur derjenige, welcher haushäblich in der Stadt wohnte und der von einem Schultheissen und Rath als Bürger angenommen worden war (Art. 33). — Wer ohne diese Bedingungen in der Stadt angesessen war, hiess Seldner (Art. 33), Hintersasse (Art. 123), beisasse (Art. 124) oder Beiwohner (Art. 129). — Wer bloss vorübergehend in der Stadt sich aufhält, ist ein Gast. — Die Bürger selbst waren wohl der Mehrzahl nach Freie, aber auch der Stand der Unfreien war unter ihnen in seinen mannigfachen Abstufungen vertreten. — Art. 9 spricht von den *Bürgern*, welche Genoss sein sollen zu erben „*als ob si eines herren werend*“. — Wie überhaupt in den Städten, so war auch in Baden der Uebertritt der Hörigen in den Stand der Freien ungemein erleichtert. Es ergibt sich dies einleuchtend, wenn man die Vorschriften des Stadtbuches mit den Bestimmungen vergleicht, welche noch viel später als gemeines Landrecht in der Grafschaft gegolten haben. —

Ein eigener Mann durfte in der Grafschaft keine Freie, ein Freier keine Eigene und endlich ein Eigener nicht die Hörige einer andern Herrschaft heirathen. Im erstern Fall entstanden erbrechtliche Schwierigkeiten, im zweiten folgten die Kinder der Mutter und wurden hörig, und im dritten kamen sie als Hörige an den Herrn der Mutter.

Schlossurbar von Baden vom Jahr 1683, pag. 157:

Wellicher fryer man, so nit eigen ist, nimbt ein frowen, die eins herren oder gotshûs eigen ist, den mag ein vogt von einer vngenossambe wegen strafen.

Öffnung von Wettingen, Archiv pag. 125:

Item wer sach, das einer so dorechtig wer vnd ein wib nem, die nit des gotshûs wer, der möcht sie besseren mit 10 pfunden, ob er nit gnad möcht finden.

Schlossurbar, pag. 156:

Wan die herschaft Baden die gwonheit vnd recht hat, daz die kinder der muoter nachfolgend sygen, sy syge joch fry oder eigen.

Der Herr der Hörigen, welcher eine Freie heirathete, war sein Erbe, wenn gleich Kinder aus der Ehe hervorgegangen waren; mindestens erbte er mit den Kindern, er nahm „das Gelasse“.

Schlossurbar, pag. 158:

Als denn vor ettlichen jaren braucht worden vnd man pflegen hat, das gläss ze nemen, sunder sölicher meinung, wenn sich ein eigen mann nit gnössig versech ze dem sacrament der heiligen E vnd ob die kind by einander vberkämend, wan dann der vater abgieng, ze was sins herrn fürnemen, die zwee teil des quots ze erben vnd der frowen vnd den kinden sölt veruolgen der dritteil, darús sölten si bezalen etc.

Dieser Härte gegenüber waren die in der Stadt angesessenen eigenen Leute durch die Privilegien des Stadtrechtes bei weitem besser gestellt; sie konnten zuo der ê kumen mit allen lüten, an die si gevallend, welcher kunde si sind, vnd sol im die vngenossambe der herschaft ein kein schad sin. — (Art. 2.) In Bezug auf das Erbrecht war der Burger mit Weib und Kind „genos ze erben als sie eins herren werend“. — (Art. 9.)

Hörige waren nicht berechtigt, ihren Wohnsitz zu ändern und sich so faktisch der Herrschaft zu entziehen. Der Herr war jeder Zeit zum „Nachjagen“ berechtigt.

Schlossurbar von Baden, pag. 135:

Welliche person es sye, joch man oder frauo von einem herrn oder gotshus eigen syn erfordert vnd ir der eigenschaft nit bekant ist, soll mit recht besetzt werden an den stein zuo baden mit zweien vater- vnd muoter magen, daz derselb person muoter des herrn oder gotshus eigen gewesen seie.

Der Hörige dagegen, welcher „in der statt veriaret vnd vertaget“, während sein Herr im Lande war, „der sol danach niemer mer an keines herrn dienst gebunden sin“.

Dieses Privilegium der Stadt wird in dem Freiheitsbriefe des Herzogs Leopold vom Jahr 1369 als ein altes bezeichnet und findet sich dort noch in weiterer Ausdehnung, indem die in der Stadt sich aufhaltenden Gotteshausleute auch während „des Jahres“ (der gewöhnlichen Verjährungsfrist) nicht mehr angesprochen werden konnten.

Si mougen ovch all gottshuslüte ze ingesessen burgern enphahen vnd nemen, vnd sol sy nieman daran irren weder inwendig dem jare noch danach.

Diese ausnahmsweise Behandlung der Gotteshausleute rührt daher, weil dieselben in Bezug auf den Verkehr im Allgemeinen freier behandelt wurden als die übrigen, so dass gewissermassen die Präsumtion dafür sprach, es befinde sich der Hörige nicht gegen den Willen des Gotteshauses in der Stadt.

In späterer Zeit nahm diese freiere Auffassung in der Grafschaft so sehr überhand, dass bezüglich der sog. Regler (Bluntschli, Rechtsgesch. v. Zürich I., pag. 63) eine eigene Verfügung getroffen werden musste. — Die Regler sind die Hörigen des Grossmünsters in Zürich, dessen Heilige bekanntlich Felix und Regula sind. —

Schlossurbar von Baden, pag. 157:

Etlich geben für, wie si sant felix vnd regula syen vnd wen der abgang beschicht, damit si sich des fahls entschütten wollen, ovch der vngenossambe, vnd wiewol die rechten regler der herschaft gnössig gewesen, so sich erzügen vnd ein regler schuldig was, so ist doch dasselb

abgestellt, denn jeglicher wolt ein regler sin vnd den heiligen ir recht nit tuon vnd sich der anderen straf, fühl vnd vngenossambe damit beschirmen.

Art. 6. 7. 10.

L e h e n r e c h t.

Das Recht, wonach die Bürgerschaft „nach edler lüten siten“ Lehen empfangen sollte, findet seine nähere Erklärung und Beschränkung in der Bestimmung des Art. 10, wonach es bei dem Schultheiss und Rath stund, zu entscheiden, ob ein Lehensherr verpflichtet sei, das Lehen an denjenigen zu übertragen, welchem es sein bisheriger Lehenträger verkauft hatte. — Hieraus geht hervor, dass hier an Reichslehen nicht zu denken ist, weil sonst dem Schultheiss und Rath die genannte Befugniß nicht zugestanden wäre. — Wahrscheinlich sind in gleicher Weise auch die Lehen der Herzoge von Oestreich ausgeschlossen, so dass die Lehensfähigkeit nur für die Güter des landsässigen östreichischen Adels gilt. —

Art. 11 u. ff.

E r b r e c h t.

Eheleute erben einander in allem fahrenden Gut, ohne Unterschied, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. — Aus der Fahrhabe sind aber die Erbschaftsschulden zu bezahlen (Art. 11). — In Bezng auf das unbewegliche Vermögen (zu dem *hüser, ligende güter, goldin pfenning, kernengült oder ander gült* gehören, Art. 14) sind zwei Hauptfälle zu unterscheiden.

I. Wenn ein Ehegatte von Kindern beerbt wird, so verfangt sich diesen die Eigenschaft an allem liegenden Gut, und zwar sowohl an demjenigen des abgestorbenen als des überlebenden Gatten. — Der Letztere verliert sein Verfügungsrecht über das eigene Vermögen und ist, so lang er nicht zu einer zweiten Ehe schreitet, auf die Nutzniessung angewiesen. — Tritt er aber in eine zweite Ehe, so ist er verpflichtet, auf Verlangen der Kinder diesen des verstorbenen Ehegatten liegendes Gut zu freier Verfügung zu geben, sofern nicht ein Leibgeding daran bestellt worden ist. — Bluntschli (Rechtsgesch. v. Zürich I. 286) ist also im Irrthum, wenn er glaubt, die entsprechende Stelle des Winterthurer Stadtrechtes „*der aigen ist es vnd iro beder liptinge*“ sei ungenau gefasst und es sei geradezu unglaublich, dass der überlebende Ehemann bei dem Tode der Frau sein Eigenthum verloren und nur das Leibdingsrecht daran behalten habe. — Unser Stadtrecht spricht sich nicht nur wiederholt (Art. 12. 13. 16. 17. 18. 19) und deutlich darüber aus, dass sowohl Mann als Frau bei dem Tode des Einen und dem Nachlass von Kindern die Eigenschaft ihres Gutes verlieren, sondern es lässt sich auch aus der Geschichte des Erbrechtes der Grafschaft Baden die Richtigkeit des Grundsatzes klar nachweisen. In dem Erbrecht vom Jahr 1541 (handschriftlich im Aarg. Staatsarchiv) heisst es:

„Als dann unsere herrn und obere angelanget und warlichen bericht sind worden, wie dass die unseren allethalben inn der Grafschaft Baden ein unzimlich und ungebürlich rächt der erbfällen halb gehept. Nam-

lichen so ein frow vor irem Eemann mit tode abgangen und eliche kind hinder ir verlassen habe, der vater sin ligend und varend gut, was er von sinen vorderen ererpt oder überkommen, mit den kinden teilen müssen und den halben teil soliches guts frig hinus gaben; dadurch die kind zum mutwillen erzogen etc.“ —

Zum ersten — — — Wenn die frow mit tod abgat und eliche kinder hinder ir verliesse, als dann sol der vater seliche kind erziehen bis dass sie zu iren tagen komment und mues und brot gewinnen mögend; alsdann sol demselben vater beliben alles das quot, so er zuo siner Eefrowen gebracht etc. —

In gleicher Weise wurde auch das Recht der Stadt Baden selbst durch das von den acht alten Orten im Jahr 1620 konfirmirte Erbrecht abgeändert, indem der 4. Art. desselben bestimmt, „dass der überlebende Ehegatte dem Kinde, welches zu seinen Tagen gekommen ist, seines Vaters oder Mutter Gut herauszugeben schuldig sei. —

2. Wenn keine Kinder oder Kindeskinde vorhanden sind, so werden nach dem Tode der Ehegatten „die güter ir yettweders erben ledig“ (Art. 19) und zwar so, „dass da vatermagen vnd muotermagen, die gelich sind an der sipp, gelich erben sond“. (Art. 14.) Die allgemeine Regel des alemannischen Rechtes, wonach zuerst der Vater und sodann die von ihm zunächst abstammenden, auf gleicher Linie stehenden Kollateralen erben, erleidet eine Ausnahme zu Gunsten der Kinder, indem sich diese beerben, wenn auch Vater oder Mutter, Grossvater oder Grossmutter noch leben (Art. 14). Dagegen tritt die Regel wieder unbedingt ein, indem sie den Enkel neben dem Kinde von der Erbschaft ausschliesst. Das Repräsentationsrecht wurde erst durch das Erbrecht vom Jahr 1620 (Art 7) in der Stadt eingeführt. —

Das eben Gesagte gilt übrigens nur von dem Zugebrachten, „den ligenden gütern, eigen erb oder zinslehen, so ein frow oder ein man zuo einander bringend“. — Die Errungenschaft, „was sie während der Ehe mit einander kovfend“, ererbt ausschliesslich der überlebende Gatte. (Art. 16.)

Auch in Bezug auf die ererbten Güter war sowohl Mann als Frau zur gegenseitigen Bestellung eines Leibgedings berechtigt, so dass die volle Verfügung über das Vermögen erst nach dem Tode des überlebenden Gatten an die Erben überging. (Art. 12.)

Besonderer Erwähnung verdient noch Art. 19, welcher bestimmt, dass kinderlose Eheleute zur Bestellung gegenseitiger Leibgedinge berechtigt seien. — Die entsprechende Stelle des Winterthurer Stadtrechtes (Gaupp. I. 146), die sonst beinahe wörtlich gleich lautet, setzt bei, dass diese Bestellung nach Schwabenrecht geschehe, während unser Stadtbuch diese Bezeichnung weglässt. Aus welchem Grunde, ist nicht ersichtlich und um so weniger erklärlich, als die Grundzüge des Erbrechtes von Baden mit denen des Schwabenspiegels namentlich auch in Bezug auf Bestellung der Leibgedinge übereinstimmen (Schwabenspiegel Art. 33, Ausg. von Wackernagel), und gleichzeitige Urkunden sich bei der Bestellung von Leibgedingen ausdrücklich auf Schwabenrecht berufen.

Urkunde des Stadtarchivs Baden vom 31. Jan. 1368.

Johannes Zwicker, Schultheiss zu Baden, urkundet: „daz er mit verbannen gericht ze baden in der statt an einer fryen strazze offentlich

ze gericht saz“, und dort Bernhart Zoller seiner Frau Hemma um 150 Mark Silbers sein liegendes Vermögen verpfändete „nach swebschem rehte mit aller der sicherheit vnd kraft, als man ze baden ein sömlich pfand durch recht vertget nach schwabenrechte. —

Es ist daher sicher mehr als Zufall, wenn die in Art. 13 des Stadtbuches vorkommende Phrase,

*wie vil kinden ein man by siner elichen froxwen gewintd — —
der kind sy lützel oder vil,*

sich in Kap. 143 des Schwabenspiegels (Ausgabe v. Wackernagel, Anmerkung) wiederfindet:

*ist daz ein man wip hât unde kint by ir hât, ir sy lützel
oder vil.*

Es ist dieses offenbar eine Reminiszenz an die Zeit, in welcher das „Schwabenrecht“ noch als gemeines Landrecht auch in unsern Gegenden gegolten hat. — Wie lange das vor der Erneuerung des Stadtrechtes der Fall war, ist nicht nachweisbar; dagegen ist noch zu erwähnen, dass das Erbrecht der Stadt Baden in seinen Hauptgrundsätzen bis zum Jahre 1856 in Kraft blieb und somit ein halbes Jahrtausend überdauert hat. — Wird unser jetziges Erbrecht ebenso langlebig sein, aere perennius?

Art. 22 u. 23.

Urtheilsfindung. Zug.

Die eigentliche Jurisdiction stand bei dem (vorsitzenden) *Richter*: er allein kann das Gericht besammeln, es bannen, dazu vorberufen, das Urtheil veranlassen und dasselbe vollstrecken; die *Urtheiler* (welche uneigentlich in unserm Stadtbuch Richter heissen) waren darauf angewiesen, das Recht zu weisen, „die urtheilen zuo verhören vnd zuo scheiden“. — Der Schultheiss rief die Richter zum urtheilen auf; keiner war aber verpflichtet, eine Meinung zu äussern, wenn er nicht über die Sache im Klaren war, er konnte „warten“ und sich Raths erholen, oder aber, selbst ohne dass ein Urtheil ergangen war, verlangen, dass die Sache an ein anderes Gericht gelange; er, der Richter konnte „ziehen“. — Ein Richter, welcher „gewartet“ oder „gezogen“ hatte, verlor dadurch seine Stimme nicht, wenn die Sache wieder vor Gericht kam, oder wenn er in dem Gerichte sass, an welches der Zug ging. („Wer Zug und wartend wer, sol damit sin stimm an der volge nit verloren han noch verlieren“.)

An der volge will nicht etwa sagen: nachher, postea; dass dies nicht die Bedeutung ist, geht aus den Schlussworten von Art. 23 hervor: *der entweder urtel gevolget hab*. Ein Urtheil „folgt“ derjenige, welcher bei der Umfrage dem vorher angefragten Richter beipflichtet; auch der Gerichtsumstand, der Ring „folgt“ das Urtheil, wenn er seine Zustimmung zu demselben auf irgend eine Weise zu erkennen gibt. An der Folge heisst also: wenn der Richter in den Fall kommt, seine Meinung zu äussern, wenn die Umfrage geschieht. — Der „Zug“, welcher von dem Richter und nicht von der Partei ausgeht, ist mit der Appellation noch nicht gleichbedeutend. Gezogen werden konnten nach Art. 22 nur stössige, d. h. nicht einstimmige Urtheile. —

Die Bestimmung, wonach im Ausstandsfalle eines Rathes ein anderer ehrbarer Mann an seine Stelle gesetzt wurde, weist auf die Zeiten zurück, in denen jeder Dingpflichtige an der Urtheilsfindung theilnahm oder zur Theilnahme aufgerufen werden konnte.

Es soll bei dieser Gelegenheit noch erwähnt werden, dass in Art. 129 der Freitag als Gerichtstag in Baden genannt wird, was desshalb bemerkenswerth ist, weil Grimm R. A., pag. 820 sagt, dass ihm kein einziges Beispiel vom Freitag als Gerichtstag bekannt sei. —

Art. 28 u. ff.

Stadtverfassung.

Die Behörden der Stadt sind 1) der Schultheiss, 2) der neue Rath, 3) der alte Rath, 4) der Grosse Rath oder die Vierzig, 5) die Sechzig. — 6) Die Richter. —

1. *Der Schultheiss.* Derselbe wird wie der neue Rath alle Jahr auf St. Johannstag „zuo sungichten“ ernannt. — Der Zeitpunkt der Sonnenwende ist im alten Recht ein allbekannter Termin. — Die Wahlart des Schultheissen ist eine verschiedene. — Wollen die drei Räte den abgetretenen wieder ernennen, so steht die Wahl bei ihnen. — Soll aber ein neuer Schultheiss gewählt werden oder nimmt der abgetretene eine Wiederwahl nicht an, so haben die neuen und alten Räte vereinigt aus der gesammten Burgerschaft (mit Ausschluss der Ritter) einen Dreivorschlag zu machen, aus dem der Grosse Rath (die Vierzig) in Verein mit sechzig der ehrbarsten Bürger den Schultheissen wählt. So zur Zeit des Stadtbuches. — Noch im Jahre 1369 muss die Stellung und die Wahlart des Schultheissen, wie das aus dem Freiheitsbriefe des Herzogs Leopold hervorgeht, eine andere gewesen sein. — Während dieser Brief das Privilegium bestätigt, wonach die Räte einander zu setzen berechtigt sind, und in Bezug auf die persönlichen Eigenschaften der zu Wählenden, ihren Eid und die landesherrliche Genehmigung spezielle Bestimmungen enthält, ist von einem Wahlrecht des Rathes oder der Bürger bezüglich des Schultheissen kein Wort zu finden. — Offenbar betrachtete der Herzog den Schultheissen nicht als einen städtischen, sondern als einen eigenen Beamten, als den Stellvertreter des Vogtes, welcher in der Stadt die landesherrlichen Rechte auszuüben hat. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist denn auch der Schultheiss der Vorsitz im Gericht um das Blut sowohl als um Erb und Eigen. — Nach dem österreichischen Urbar, dessen Abfassung jedenfalls nicht vor den Anfang des 14. Jahrhunderts fällt, hatte „die herschaft dâ (in Baden) twing vnd bann vnd richtet diube vnd frevel“ (Oestreich. Urbar, Ausgabe von Pfeiffer, pag. 150). — So war es auch noch zur Zeit der Ausstellung des Freiheitsbriefes im Jahr 1369, und wenn dort davon die Rede ist, dass „der Schultheiss vmb das Pluet oder vmb den Tod“ richte, so ist klar erwiesen, dass er in diesem Falle an der Stelle des Vogtes handelt. Erst im Jahr 1431 verleiht König Sigmund dem Rathe den Blutbann und das Recht, in jedem einzelnen Falle den Schultheissen damit zu belehnen. (Brief vom 28. Okt. 1431. Archiv Baden.) Zur Zeit der Erneuerung des Stadtbuches stand also der Blutbann noch nicht der Stadt zu. — Es

ist deshalb auch nicht wahrscheinlich, dass es zu dieser Zeit bei der besprochenen Wahl des Schultheissen sein Bewenden hatte. Ohne Zweifel unterlag dieselbe der Bestätigung des Landvogtes. — Auch von einem Eide, den der Schultheiss dem Vogt zu schwören hat, ist nicht die Rede und überhaupt nur das Verhältniss des erstern zu der Stadt regulirt. — Dagegen hat der Schultheiss der Stadt zu schwören, „ein gemeiner richter zuo sin eim als dem andern, on alle geverd,“ was mit der oben geäusserten Auffassung seiner Stellung vollkommen übereinstimmt.

2. *Der neue Rath.* Sobald er sein Amt antritt, wird der bisherige neue zum alten Rath. Geht die Amtsdauer des neuen Rathes zu Ende, so ernennt er den neuen Rath für das folgende Jahr und wählt dazu die Mitglieder des alten Rathes. — „So setzen die Rätthe sich selber.“ Die gesetzliche Bestimmung, dass der alte Rath ipso jure nach Ablauf eines Jahres zum neuen Rath werde oder mit andern Worten, dass die Stelle eines Rathsmitgliedes lebenslänglich sei, haben wir nirgends gefunden. Den Rathsverzeichnissen zufolge bestand aber die Lebenslänglichkeit faktisch. — Von den zwölf Räten sind abwechselnd je sechs ein Jahr lang im Amt. (Art. 29.) — Diese Anordnung wird schon in dem Freiheitsbrief von 1369 bestätigt und hat ohne Zweifel schon vorher bestanden.

Dem (neuen) Rathe lag, wie sich das namentlich aus den Protokollen des Stadtarchives ergibt, die gesammte Verwaltung der Gemeinde ob; worunter auch die Besorgung des Hypothekarwesens begriffen war. — Dass dieses Verwaltungsrecht nicht ein unbeschränktes war, zeigt ein im Badener Archiv liegender Brief des alten und neuen Rathes an den Grossen Rath auf Pelagii Abend (27. Sept.) 1500. — Die beiden Räte erklären, dass die alten Briefe, „darinnen die Stuckh vnd Artikel, so si (der grosse Rath) mit vns vnd wir mit inen ze handen gehept, begriffen, befreit vnd begabet gewesen weren, verwarloset vnd verloren“ und dass deshalb von Schultheiss und den zwölf Räten die nachgeschriebenen Artikel „nachgelassen“ werden:

1. *Dass wir noch vnser nachkomen deheinen buw, der mer denn 30 $\bar{\text{r}}$ kosten wirt, anfahen, noch enheinerlei zeug, holz, stein vnd kalk dazuo füren sollen on ir wissen.*

2. *dass wir noch vnser nachkomen on si kein steuer anlegen sollen.*

3. *dass wir noch vnser nachkomen von der stadt sekelmeister, buwmeister vnd dem Spitalmeister kein rechnung vffnemen, ouch dieselben Aemter mit sammt den Umgelten nit besetzen wollen.*

4. *So sollen wir noch vnser nachkomen zu keiner Zit, wenn man Panner oder fendlin in das felt schicken welt, weder Hoptlüt oder fendrich noch ander knecht on si uff nemen.*

5. *sellen die vierzig vnd ihr nachkomen vns vnd vnsern nachkomen gehorsam sin vnd brucht werden, wie von alter harkomn ist, zu raten vnd zuo folgen nach lut des Eides, so si jarlich darum schweren.*

6. *letztens haben wir vns vnd vnsern nachkomen hierinnen luter vsbedungen vnd vorbehalten, desglichen ouch die 40 vnd ir nachkomen, ob der ehbegriffen verlorne brief von einer herschaft oder vnsern vordfahren, schultheiss vnd rät geben, jemer wieder funden wurd, dass denn derselb bi sinen kräften bliben und dieser kraftlos hin vnd ab sin soll.*

Es ergibt sich hieraus, dass das gegenseitige Verhältniss der Räte früher urkundlich und vertragsgemäss in den „*verlornen und verwahrloseten Briefen*“ festgestellt war. Der einseitige Erlass des neuen und alten Rathes, worin verschiedene Artikel „*nachgelassen*“ werden, weist darauf hin, dass diese Behörde im Laufe der Zeit Rechte, welche ihr nicht zukamen, usurpirt und die Bedeutung des grossen Rathes zu schwächen gewusst hatte. — Schon im Jahr 1624 (auf St. Johannstag) kam der grosse Rath wieder in den Fall, sich einen neuen Brief über seine Rechtsame geben zu lassen. Die beiden Räte (neu und alt) bestätigen darin die Artikel der Urkunde vom Jahr 1500 und setzen bei:

„*Damit si (der grosse Rath) aber vnnsern guoten willen vnd gunst, so wir gegen innen haben vnd tragen, erkennen mögen, so geben wir innen inn krafft diss briefs diese freiheit vnd lassen inen aus Gnaden zuo, dass si mit vnd neben vns alle jar ze den vier hernach ernamseten ziten, als nämlich zum ersten uff hilarium, zum zweiten uff Montag nach laetare, denn zum dritten uff besetzung des regiments (zuo sungichten), zum vierten uff den ersten tag nach Martini, sollen vnd mögen für rat gon vnd alsdann vns helfen raten, was der Stadt nutz vnd er sin mag. — Si mögen ouch uff die genannten zil ir rat allein vnd selbsten haben, doch soll die berufung vnd zuosamenkunft von vnnserm Schultheissen des kleinen rats geordnet vnd angestellt werden.*

Im Fall aber inen die Berufung in Vergess komen sollte, so mag alsdenn der Schultheiss der vierzigen vnnsern Herrn Schultheiss, der Versammlung halben, dass si gehalten werde, begrüssen und welche denn in iren Versammlungen vnd rat one ursach usbliben, der solle umb 1 Œ on nachlass gestraft werden. —

Und was si alsdenn in iren Zusammenkunften berathschlagen, dasselb sollen si auch denselben tag für vns bringen und lougen lassen, uff welches fürbringen wir inen denn nach vnnserm bedunken antworten wellen. —

Der Brief schliesst mit dem Versprechen, dass bei Bürgerannahmen immer zwanzig aus dem grossen Rath von den beiden andern Räten beigezogen werden sollen. —

Diese Urkunde beweist nicht nur, wie die alten Rechte des Grossen Rathes zu Gnadengeschenken der beiden Räte geworden waren, sondern sie gestattet auch einen wichtigen Einblick in das ursprüngliche Verhältniss, das der Aufzeichnung des Stadtrechtes lange vorausging. — Die angegebenen Termine, auf welche der Zusammentritt der drei Räte gestattet und angeordnet war, nämlich *hilarientag*, *laetare*, *sungichten* und *Martini* sind die alten Dingtage, an welchen die Hof- und Landgerichte gehalten und die Oeffnungen der Höfe und Gemeinden verlesen und erneuert wurden. *) — Der Schluss ist daher jedenfalls nicht gewagt, wenn wir sagen, dass die gleiche Urkunde, welche von der Er-

*) Kaufbrief zwischen Graf Rudolf und Wettingen um Dietikon vom Jahr 1259. (Wettinger Archiv pag. 903.) *Omnia iudicia secularia hominum in dieticon et slieron, nisi ea quae poenam sanguinis requirunt — abbatis et conventus auctoritate in dieticon et slieron exerceri debent ad tria tamen placita, quorum unum proximo post hilarii, secundum proximo post Waltpurgis, tertium post Martini, die non feriato habetur. —*

stärkung des Rathes Zeugnis gibt, an die Zeit erinnert, in welcher die gesammte Bürgerschaft, dem Schultheiss und Rathe gegenüber noch im Besitze ihres alten Rechtes, sich am Gemeindewesen direct zu betheiligen hatte. — Die Autonomie, welche selbst von den Hörigen bei den Dingtagen dem Vogte gegenüber stets und namentlich auch in der Grafschaft ausgeübt wurde, ging jedenfalls den Burgern der Stadt auch nicht ab. — Die Sechszig und die Vierzig waren zur Zeit ihres Ursprungs ohne Zweifel die Ausgeschossenen und die Stellvertreter der Bürgerschaft.

Der Rath ist übrigens nicht nur Verwaltungs-, sondern auch Gerichtsbehörde. An ihn geht der „Zug“ (die Appellation) von dem Gericht, wenn die Ansprache unter 30 \tilde{a} beträgt. (Art. 22.) — Schultheiss und Rath erkennen in Malefizsachen, (Art. 58 u. ff.) machen den Frieden, wenn Krieg und Misshelligkeiten entstehen (Art. 70) und urtheilen bei Ehrverletzungen und sonstigen Freveln (Art. 89 u. ff.)

3. *Der alte Rath* ist der aus dem Amte tretende neue Rath; der Schultheiss des alten Rathes ist der Stellvertreter des Schultheissen des neuen Rathes und heisst daher auch Statthalter (Rathsprotokolle von Baden). Ueber die Betheiligung des alten Rathes bei der Wahl des Schultheissen ist oben schon gesprochen worden. — Nach Inhalt der Rathsprotokolle war der neue Rath im Allgemeinen berechtigt, so oft er es für angemessen hielt, den alten Rath beizuziehen und die Geschäfte durch den „völligen Rath“ entscheiden zu lassen, der denn der kleine Rath im Gegensatz zu den Vierzigen hiess. — Dieser Zusammentritt war aber in verschiedenen Fällen gesetzlich gefordert. — Die Wahl der Angestellten der Stadt, welche mit derjenigen des neuen Rathes stattfand, nämlich des Seckelmeisters, des Baumeisters etc., ebenso diejenige der beiden Weibel wurde durch die beiden Räte im Verein mit den Vierzigen vorgenommen. (Art. 30.) An die vereinigten alten und neuen Räte ging auch der Zug in allen Streitigkeiten, bei welchen die Ansprache mehr als 30 \tilde{a} betrug (Art. 22). In Malefizsachen durften die gerichtlichen Zweikämpfe nur nach Erkenntnis des alten und neuen Rathes Statt haben. (Art. 54.) — Im Allgemeinen aber gilt die Regel, dass der alte Rath für sich allein nie als Behörde handelt, sondern dass er seine Befugnisse stets nur in Verbindung mit dem neuen Rath geltend macht.

4. *Der Grosse Rath oder die Vierzig.* Nachdem der Schultheiss und der neue Rath gewählt waren, setzten sie in Verbindung mit dem alten Rath die ersten Zwanzig des grossen Rathes und mit den letztern die zweite Hälfte. (Art. 29.) Der Zusatz dieses Artikels „*damit es vierzig werdent zuosamt dem Schultheiss vnd den zwölfen der alten vnd nūwen räten*“ ist nicht so zu verstehen, als ob zu diesen dreizehn Mitgliedern des kleinen Rathes nur noch siebenundzwanzig hinzugewählt worden wären. Das Gegentheil ergibt sich aus den Regimentsbüchern von Baden, in welchen neben den Räten die Vierzig in voller Zahl immer namentlich aufgeführt werden. — Ueber die Betheiligung des Grossen Rathes bei den Wahlen und seine politische Stellung im Allgemeinen ist schon oben gesprochen worden. — Aus einem Rathsbeschluss vom Jahr 1496 wissen wir, dass der Grosse Rath auch Gerichtsbehörde war, es lautet derselbe im Rathsprotokoll:

„Ist durch rät vnd 40 beschlossen vnd erraten, das von geldschuld, buossen, einungen vnd artiklen darum geschribne recht vnd das stadt- buoch vswisent, nit witer denn an die 40 geappellirt werden soll. Was aber sust eigen vnd erb, erenletzung vnd dero glichen sachen antrifft, mag man fur unsre herren, die eidgnossen appelliren.“ —

Bei der Tendenz, die Rechte des Grossen Rathes zu schmälern, darf wohl unbedenklich angenommen werden, dass diese Jurisdiction schon zur Zeit der ersten Redaktion des Stadtbuches bestanden hat.

Wohl ebenso begründet ist die Annahme, dass die Appellationen, welche später an die Eidgenossen gingen, früher an den österreichischen Landvogt gerichtet wurden. Mit Brief auf Jacobi 1533 verfügen die acht alten Orte, dass um Erb-, Eigen- und Ehrverletzung der Zug an sie zu nehmen sei, um Geldschulden aber keine Appellation stattfindende, weil, so lautet das wörtliche Motiv, „dasselbs on vnderlass frömbd volks vnd grosser Zuzug vnd vil verrechtfertigungs vmb schulden stets geübt worden, das vnsern herren viel Mühe gebehren wurd.“

5. Die Sechzig scheinen weniger eine Behörde als ein Wahlkörper oder vielmehr nur der Theil eines solchen gewesen zu sein. Ausser bei der besprochenen Wahl des Schultheissen wird ihrer weder in dem Stadtbuche noch in den von uns eingesehenen Quellen irgend wie Erwähnung gethan. — (Art. 28.)

6. Die Richter. Das Regimentsbuch von Baden, ein Verzeichniss der jährlich ernannten Beamten, führt jeweilen auch die Richter, acht an der Zahl, auf. Aus dem Umstande, dass im nächstfolgenden Jahr immer andere Namen erscheinen, darf geschlossen werden, dass die abtretenden nicht wieder wählbar waren. — Von wem die Wahl vorgenommen wurde, ist nirgends gesagt. — Das Recht um Eigen und Erb und um alle Ansprachen, mit Ausnahme geistlicher und Lehenssachen, musste vor Gericht genommen werden, dessen Vorsitz der Schultheiss war. (Art. 20.) Dahin gehörte auch die Verrechtfertigung der Pfänder (Art. 129) und die Erlaubniss zum Angriff von leibdingsweise überlassenem Gut (Art. 18). —

Das gegenseitige Verhältniss zwischen den Richtern, den Räten und den Vierzigen in Bezug auf die Gerichtsbarkeit ist trotz der Mannigfaltigkeit der Bestimmungen kein willkürliches. — Ein näheres Eingehen auf die Bedeutung des Rathes wird das Verständniss erleichtern. — Nach dem Briefe von 1369 waren die neugewählten Räte verpflichtet, vor dem Herzog den Eid zu leisten, wenn dieser im Lande war, sonst vor seinem Landvogt; sie mussten schwören, „nicht anders zu raten, noch zuo vrteilen, denn was si recht vnd gut dunkt vnd das vns (dem Herzog) vnd vnsern erben, vnser rat vnd den Burgern ze Baden das Nutzist etc. sei; an alles Gefärde.“ — Dem Herzog oder seinem Stellvertreter war die Bestätigung der Wahl vorbehalten, die er für ein Jahr auf Wohlgefallen aussprach. — War der Rath in der spätern Zeit auch ausschliesslich eine Behörde der Stadt und der Bürgerschaft, so ist gleichwohl nicht zu vergessen, dass anfänglich nicht nur die Bestellung des Rathes von dem Landvogt abhing, sondern dass er theilweise wenigstens wie der Schultheiss den Landvogt und den Fürsten repräsentirte. — Wie der österreichische Vogt der Grafschaft mit seinen

Räthen umgeben war, so war es auch der Schultheiss der Stadt. — Aus diesem Verhältniss ist es zu erklären, dass die *hohe Gerichtsbarkeit* von Schultheiss und Rath ausgeübt wird. Der Schultheiss ist der Richter und Vorsitzter des Gerichtes und die Räte sind die Schöffen. — Ganz analog hat sich die Sache in dem Landgerichte der Grafschaft gestaltet. — Hier ist der Landvogt der Richter, während die Untervögte der Grafschaft die Stellung der Schöffen einnehmen. (Landgerichtsordnung. Handschriftl. im Aargauer Staatsarchiv.) In beiden Gerichten nahmen die Freien ohne Zweifel neben den Schöffen an der Urtheilsfindung Antheil. — Art. 4 des Winterthurerrechtes (Gaupp I. 139) bestimmt dass der einer Missethat Angeklagte „vor den *burgeren gemäinlich* sol ervarn sin schulde oder sin unschulde“. Es ist wahrscheinlich, dass diese Bestimmung, welche in dem Stadtbuche nicht aufgenommen ist, gleich wie die übrigen ebenfalls recipirt, d. h. in dem verliehenen Recht inbegriffen war, dass sie aber in spätern Redactionen ausgemerzt wurde, nachdem an die Stelle der *Gemeinde* die Schöffen, die Räte, getreten waren. — So ist also die Stellung des Rathes im Stadtbuche, als Richter in Malefizsachen, bei Friedbrüchen und Freveln rechtlich vollständig begründet, sowie auch die Vorschrift verständlich, dass der Zug in Strafsachen an den alten und neuen Rath zu gehen habe. — In dem *Gerichte über Erb und Eigen* hat ebenfalls der Schultheiss als Vertreter des Vogtes den Vorsitz, denn die Herrschaft hat, wie gezeigt, in Baden *twing vnd bann*. — In das Gericht gehörte aber nicht jeder Freie, sondern wohl abgesehen von Freiheit oder Unfreiheit „*der burger ist vnd der ouch eigen erb oder zinslehen in marksrecht hett*.“ — Schon frühe nahm aber nicht mehr die ganze Gemeinde an der Urtheilsfindung Theil, sondern sie wählte dazu aus ihrer Mitte eine bestimmte Zahl von *Urtheilern*, die erst später *Richter* genannt wurden. — In der Öffnung von Dietikon vom Jahr 1553 (Wettinger Archiv pag. 145) werden fünfzehn geschworne Richter genannt. — So ist ohne Zweifel auch das Gericht „um Erb und Eigen und alle andern Ansprachen“, d. h. was wir heute das Civilgericht nennen, in Baden entstanden. — Die Berechtigung der ganzen Gemeinde, an der Rechtsprechung Theil zu nehmen, äusserte sich, wenn auch ein eigenes Gericht gcsetzt wurde, oft in der Weise, dass von diesem Gericht der Zug an die Gemeinde ging. Deshalb finden wir in Baden noch einen Zug von dem Gericht an die Vierzig, an der Stelle der Gemeinde. — Der Zug an den neuen und den alten Rath hat keine in der Sache liegende Berechtigung. —

Art. 38.

Steuergesetz.

Jeder Bürger, der fünfzig Gulden oder mehr besitzt, hat zum Zweck der Besteuerung eidlich anzugeben, wie viel Mark sein Vermögen betrage. — (*Wir stürend by dem eid vnd by der mark*.) Er ist aber verpflichtet, sein Vermögen um den von ihm beschwornen Preis der Stadt zu überlassen. Macht die Stadt von dem Recht keinen Gebrauch, so ist jeder Bürger für sich allein oder mit Gesellschaftern (gemeindern) zum Auskauf berechtigt —

Art. 45.

Marktordnung.

Plotzen, ein Zentner. Zollordnung v. J. 1450. Plutzer, ein Flüssigkeitsgemässe (Schmeller, Wb. 1, 340. Stalder 1, 194).

Eine Scheibe Salz beträgt gegen anderthalb Zentner; es bekam durch Einstossen in eine zylindrische Holzfassung rad- und scheibenförmige Gestalt und wurde so verfahren.

Salmanswiler (sc. blutschin), gleichfalls eine Quantität Salz. Der Name stammt von dem bei Ueberlingen gelegenen Kloster Salmanswiler, welches einen Antheil an den Salzburger Salinen besass und nach Wettingen, welches als Filialkloster zu ihm stand, Salz lieferte. (Zedler, Univ.-Lexik. 33, 993.)

Röhrli ist ein Trockengemässe; z. B. ein Fass Obst. (Stalder 2, 280.)

Krättli (caretta) ist jener zweirädrige Hausirerkarren, auf dem sonst Tiroler und Grödener ihre Waaren und Kinder durchs Land zogen. (Schmeller Wb. 2, 397.)

Das aargauische Staatsarchiv enthält einen Rodel, worin „eigentlich geschriben, wie die herschaft von österich das gleit uffgesetzt hat“. — Folgende Stelle gibt über die fraglichen Masse ebenfalls Auskunft: „von einer schiben saltz ein schilling; von einem blutschin saltz zwen schilling; von einem salmanswiler blutschin dry schilling.“ (v. J. 1415.)

Art. 50—78.

Gericht um das Blut.

Das Stadtbuch behandelt vorerst die Fälle *der hohen Gerichtsbarkeit* und nach diesen die *Frevel* (Art. 78—109). — Wir beschränken uns darauf, aus dem Rechte der Grafschaft einige Stellen anzuführen, welche diesen Unterschied der Gerichtsbarkeit behandeln. —

Wettinger Oeffnung (Wettinger Archiv, pag. 134):

Das ist der twing vnd umbkreis, darin min herrn von Wettingen zuo richten hand, denn die vsgenomen sachen, die sol ein landvogt richten, das sinnd blüttend wunden, vnd der vnder rüssigen rafen den anderen frevlet, vnd das dem man an sin hals gat, vnd das vff der landstrass geschiecht, die sachen sol ein landgraf von baden richten.

Oeffnung von Kempfhof vom J. 1421, pag. 140:

Das ist nun der Umbkreis, da nun min herrn von Wettingen hand zuo richten, vmb alles das, was den pfenning gewinnen oder verlüren mag, vsgenomen die vier hohen sachen, die hörend einem landvogt zuo, das ist diebstal, das ander blüttend wunden, das dritt Strass rouben vnd nachtschach.

Extract der Ordnungen und Pflichten der Landvögte. Handschriftlich im Staatsarchiv Aargau. 1681:

Wer wider den Lands-Friden handelt, oder sich würrklich mit der That partheiet, ist malefizisch vnd hochoberkeitlich.

Art. 50.

Mord und Verrathenschaft.

In Art. 5 wird der Mord mit grosser „vntruw“ zusammengestellt. — Diese Untreue manifestirt sich wesentlich und am meisten im Friedbruch, darum soll man von dem, der in dem Frieden jemand tödtet, „richten als von einem morder und soll inn verrufen fuer ein morder vnd als ein morder“ (Art. 72). Der Verrath ist die höchste Treulosigkeit, er wird daher wie der Mord bestraft, mit dem Rad.

Art. 54.

K ä m p f e.

Gottesurtheile finden statt beim Mord, Verrath, Fälschung, Ketzerei (Sodomie), Zauberei und Brandstiftung (Art. 50. 51. 52. 53); jedoch nur in dem Falle, wenn keine Zeugen vorhanden waren. — Ueber die Art der Gottesurtheile sind wir ohne Nachrichten; bloss wissen wir, dass die Kämpfe entweder „gewaffnet oder ongewaffnet“ stattfanden. — Unter den ersten sind wohl förmliche Zweikämpfe zu verstehen, welche nur unter Freien vorkommen konnten. Hörige, Unfreie waren an die eigentlichen Gottesurtheile (Feuer- und Wasserprobe etc.) verwiesen; — das ist der Sinn der Worte „nauch gelegenheit der sach je denn an den lüten“.

Art. 60. 62. 63. 64. 65.

Todsclag.

Todsclag im Frieden ist Mord (Art. 70). In Bezug auf den einfachen Todsclag macht das Stadtbuch Unterscheidungen, je nachdem der Getödtete in dem besondern Frieden der Gemeinde (der Stadt) begriffen (in vnsern fridkreisen gesessen) war oder nicht. — Der Bürger, welcher einen Gast erschlägt, wird von der Stadt nicht zur Strafe gezogen, weil er damit *ihren* Frieden nicht gebrochen hat. — Weil aber der Gast im Landfrieden steht, so wird der Todscläger der Herrschaft „behalten“. Wird er von der Herrschaft begnadigt, so erledigt sich die Sache dadurch, dass er an den Stadtbau 30 ℥ bezahlt. — Die Familienrache des Erschlagenen besteht aber fort und desshalb „sol er sich vor den fründen besorgen vnd hüten, als er denkt sicher sin“.

Erschlägt aber ein Gast einen Bürger, so hat er dadurch den Frieden der gastlichen Stadt schwer verletzt. Wird er gefangen, „da sol nit nachgon denn ein bar gegen der andren“. Entflieht er, so verfällt den Freunden der Leib und der Herrschaft das Gut. Eine Abfindung mit der Freundschaft des Getödteten ist nicht vorbehalten und darum nicht zulässig. Begeht ein Bürger an dem andern einen Todsclag, so ist das Verfahren und die Strafe verschieden, je nachdem er gefangen oder flüchtig wird. — In beiden Fällen verfällt der Freundschaft der Leib und der Herrschaft das Gut; kann er sich nicht mit beiden abfinden, so wird ihm, wenn er gefangen ist, das Haupt abgeschlagen. — Ist er flüchtig, so soll er fünf Jahre ausser der Stadt bleiben und nur hereinkommen, wenn er sich mit den Freunden und der Herrschaft verglichen hat. — Bedenkt man

nun, dass in den meisten Fällen der Todschläger sich flüchtig machen und während fünf Jahren in der Regel auch ein Abkommen zu Stande bringen konnte, so ergibt sich, dass faktisch die Todesstrafe nur in dem Falle eintrat, wenn ein Gast einen Bürger oder einen andern Gast erschlagen hatte. Die Flucht des Todschlägers war so sehr Regel, dass eine im aarg. Staatsarchiv liegende handschriftliche Gerichtsordnung, welche das Verfahren gegen Abwesende zum Gegenstand hat, geradezu betitelt ist: „wie man das landricht vmb todschlag besetzt“. So tritt die öffentliche Strafe, wo es sich um den Bürger handelt, vor der Familienrache und Friedloslegung noch völlig in den Hintergrund. — Dieselbe Tendenz zeigt sich auch bei der Körperverstümmelung (Art. 67. 68. 69). Die Talion ist zwar angedroht, „*aber es sol allweg an eim Schulthssn vnd rat ston, darüber zuo richten nauch gestalt vnd die sach beschehen ist.*“ Wurde der Geschädigte abgestellt, so verlor der Thäter der Herrschaft Huld, musste Wirth und Arzt bezahlen und „*für das glid vnd lamptag (Lähmung) liden, was sich denn je ein Schults vnd rart darumb erkennt.*“ — Wurde ein Fremder durch einen Gast getödtet, so konnte den Freunden des Erschlagenen der Leib des Todschlägers allerdings verrufen werden und es geschah auch (Art. 65). Weil aber die Freundschaft in der Regel auch fremd war und also die Rache nicht ausführen konnte, so wird der Leib nicht nur den Freunden, sondern auch „*vnnsern herrn vnd vnnserm gericht von der clag vnd des gerichts wegen*“ verrufen. — Die Klage geschah ohne Anrufen der (in diesem Fall gewöhnlich abwesenden) Privatpartei von Amtswegen. — Die Landgerichtsordnung der Grafschaft Baden (handschriftlich im Staatsarchiv Aargau) sagt: „*demnauch so heisst man der enntlibten personen fründtschaft ein fürsprecher nemen, vnd Ir clag infüren, vnd so kein fründtschaft vorhanden, clagt ein Landvogt durch den Undervogt vff den Thäter.*“

Im Weitern ergibt sich daraus, dass im Prozess gegen den abwesenden Todschläger der Leib im Allgemeinen „den Klägern“ erlaubt worden ist. —

Art. 60.

Abnehmen der Jahre.

Der Fürst, welcher im Lande erscheint, nimmt nicht nur die Strafe ab, sondern er ertheilt auch durch seine blosse Gegenwart positive Rechte.

Oeffnung des Dorfes Dietikon (Wettinger Archiv 141).

— — *aber habend mine hern hie, die vischenzen, die vahet an ze Krewelsfurt — — wenn ovch ein fürst im land were, so mögend dieselben vischer hinuf varen ann den Glanzenberg vnd mögend da irr garn innwerfen vnd ziehen vntz gen baden an die brugg.*

Wer sach, daz noch ein mächtiger horpt, ein römscher kaiser oder ein römscher künig im land were, so möchten dieselben vischer ob sich varen bis gen Zürich an der statt vnd möchten da ir garn inwerfen vnd ziehen aben bis baden vnd sölt inn das nieman speren noch weren.

Art. 66.

Leichnam des Selbstmörders.

Die Strafe, den Leichnam des Selbstmörders in einem Fasse dem Wasser zu übergeben, ist eine ganz eigenthümliche. — Sie scheint auf der Vorstellung zu beruhen, dass der Todte nicht würdig sei, der Erde übergeben zu werden (Osenbrüggen, D. R. A. aus d. Schweiz III. 15). — Aus einer Handschrift des Aarg. St. Archivs ersehen wir, dass im Jahr 1552 Entleibte nicht mehr auf das „Wasser geschlagen“, sondern verbrannt oder unter das Hochgericht begraben wurden. — Die Idee der Strafe wurde also beibehalten. Nachdem die Zürcher (im J. 1417) einen Selbstmörder in geweihter Erde begraben hatten, lehnte sich nicht nur das Land, sondern die andern Stände dagegen auf, „*darumb daz sy meinen, daz sy das groz unvetter, so jez lang zit gewesen ist, davon haben, daz man einen sölichen menschen, der sich selber ertödet hat, in dem gewichten ertrich ligen lasse.*“ Nicht lange nachher erlaubte Bischof Otto von Konstanz der Stadt Baden, hingerichtete Verbrecher in geweihter Erde zu begraben (Urkunde vom 1. August 1481. Stadtarchiv Baden). Es ist aber anzunehmen, dass nur „ehrliche“ Verbrecher darunter verstanden sind, über deren Begräbniss das Urtheil keine Bestimmung enthält. (Bluntschli I. 411.)

Art. 76 u. 77.

Der Ehe ansprechen.

Das alte Recht forderte zur Gültigkeit einer Ehe die kirchliche Einsegnung nicht. War die Ehe gegenseitig versprochen und durch „Beschlussung der Decke“ vollzogen, so war sie gültig. Sobald diese *beiden* Bedingungen vorhanden waren, konnten sich Mann und Frau der Ehe ansprechen, d. h. behaupten, dass eine Ehe zwischen ihnen bestehe. Nach Inhalt einer Urkunde vom Jahr 1440 (Badener Archiv) musste Hans Enderinger, welcher sich „etwas misshandelt“ an der Frau des Cläwi Kurtz hatte zu Schulden kommen lassen, schwören: „*dass er mit der Elisabeth Zimmermann niemer nichtzit mer weder mit worten noch mit werken ze schaffen noch ze schikken haben wölt, diewil si Cläwi Kurtz als für sin elich wip in ansprach hett*“ —

Weil nun derjenige, welcher eine Frau der Ehe ansprach, damit behauptete, alle Rechte eines Ehemanns ausgeübt zu haben, so wurde die Ansprache als schwere Ehrverletzung betrachtet, insofern sie nicht auf Wahrheit beruhte, insofern „er es mit den rechten nit gezüchen“ konnte. — Die Injurie war um so schwerer, wenn dadurch die jungfräuliche Ehre verletzt (Art. 76) oder wenn sie zu dem Zweck angehan wurde, um die betreffende Person dadurch desto eher zum wirklichen Abschluss der Ehe zu vermögen, wenn die Ansprache „mit ge-
verden“ geschah (Art. 77). Folgende Stellen geben darüber Aufschluss:

Die Zürcher Ehegerichtsordnung vom Jahr 1698 verfügt im Nachtrage aus „der Herrschaft Wülflingen Befugsame in Ehegerichtssachen“:

Welche Personen die anderen, es seien Mann oder Frouwen, der Ehe halber ansprechen vnd die mit Recht nit beheben, dieselb Person

ist verfallen meinem herrn zu Wülflingen 5 Pfd. haller zu buss. Es möchte aber einer oder eine sich so vermessenlich vnd vielfaltig mit unbefugter ansprach einlassen vnd auf diese geringe buss frefner weyss handeln; ein herr zu Wülflingen hat alsdann gewalt, solche personen höher auch je nach gestalt der sach zu strafen. —

Die Zürcher Eheordnung sagt unter dem Artikel „vom berühren“:
Wenn ledige Gesellen und Mannspersonen gegen Töchtern ehliche Ansprachen führen und darbei fürgeben wurden, dass sie nicht allein denselbigen Töchtern die Ehe versprochen, sondern sie auch versellt und beschlafen hatten, und solches etwann nur auf gefahr und zu dem End beschehen, damit sie hierdurch eine solche Tochter desto eher zur Ehe bekommen möchten; der Gegentheil aber weder des ehlichen Ansprechens noch des Beischlafs bekanntlich were, so solle nach der alten Satzung derselbe höchlich gestraft werden.

Handschrift aus dem protestant. Pfarramtsarchiv Zurzach. —

Wer Jemanden mit Gefährde der Ehe anspricht, wird mit Ausschneiden der Zunge bestraft. Diese Strafe wird auch gegen Gotteslästerer und Verläumder im Allgemeinen angewendet. (Osenbrüggen, R. A. aus d. Schweiz. Heft III, pag. 19.)

Art. 70—75.

F r i e d e n.

Schultheiss und Rath sind bei ihren Eiden verpflichtet, wo Streit entsteht, Frieden aufzunehmen (zu bieten, zu machen). — Dieser gebotene Frieden gilt nicht nur für die „Sächer“ (die streitenden Theile, Widersacher), sondern auch für ihre Freundschaft. Alle Verwandten, welche zur Rache berechtigt und verpflichtet sind, stehen auch in dem gebotenen Frieden. — In Baden gingen Pflicht und Recht bis zur vierten Linie.

Regimentsbuch von Baden vom Jahr 1496:

Uff suntag visitationis sind rat vnd vierzig zuo rat worden, daz keiner, der vber die vierde linien dem andern gfrünt ist, mit im us stän solle in räten vnd sus, sol ouch dero dheinen zuo effren noch zuo rechnen haben.

Der Frieden erstreckte sich in der Grafschaft auch auf die Weiber, nicht bloss auf die Blutsverwandschaft:

Altes Urbar von Baden v. J. 1415, pag. 94: *)

Wer ouch sach, das zwen mit einander in friden kämen, so sollent ir wiber ouch gegen einandren friden halten; vnd ob dieselben denn gegen einandren sprechent, sollent ouch omb die buoss gestraft werden.

Pflicht, Frieden zu machen, umfasste in der Grafschaft alle Landsassen und Unterthanen; die Freundschaft der Streitenden aber ist nicht nur von dieser Pflicht ausgenommen, sie darf auch, freilich „auf ihr Recht“, dem Verwandten, der blutet und in Noth ist, beistehen. — Wer diess thut, ohne verwandt zu sein, macht sich „partheiisch“ und wird gestraft.

*) Dieses Urbar, i. J. 1415 begonnen, ist (freilich von jüngerer Hand) betitelt „altes Urbar“, im Gegensatz zu demjenigen v. J. 1683. —

Eid der Landsässen und Unterthanen der Grafschaft Baden.

Handschrift des Aarg. Staatsarchivs ohne Datum:

Ir weraend ouch schweren, ob dheiner hörte oder verneme widerwertigkeit mit worten oder mit werken, dadurch zwoytracht, widerwill end schuden erwachsen müchte, es sye zwischen mannen oder frowen, von denen friden off ze nemen end ze machen nach allem vermögen, es wer denn sach, das ein vater sin sun oder ein sun sin vater, oder ein brüder den andren säe blüten vnd not täte, alsdann mag er fründschaft halb zuo im ston, doch vf ir recht; vnd ob sich yeman andrer gstalt parthygisch machte oder friden freventlich verseite, derselbig on nachlass rmb zehen pfund haller gestraft werden sol. —

Der Frieden, welcher zwischen den Parteien selbst gemacht wird, der gelobte Frieden, enthielt mitunter eigenthümliche Verabredungen, wie aus folgendem Fall hervorgeht, der sich in einer Urkunde des Stadtarchivs Baden (vom 26. Juni 1376) niedergelegt findet. — Zwischen Bürgern von Baden und Thiengen entstand in letzterer Stadt Streit, bei welchem es Frevel und Verwundungen absetzte; einer, der auf Seite der Badener stand, Johannes Widmer von Buchs, wurde erschlagen. — Beide Theile machten Frieden, mit Ausnahme der Verwandtschaft des Widmer, welche denselben nicht annehmen wollte. — Die von dem Herrn von Thiengen und der Stadt Baden darüber errichtete Urkunde sagt:

— — — Were das von des vorgedachten Johans widmers seligen fründen deheiner kem in die statt oder in das gericht der statt ze baden, so söllent si mir end den minen denn dene da heften end halten — — — vntz off die stund, das ich oder die minen vor inn sicher werent vnd die richtung vfnimpt, als vor die von baden von mir end den minen vsgenomen hant. Wer ouch, das ich oder die minen des vorgenannten Johans widmers seligen fründ harumb anval eswendig der statt end den gerichtten ze baden, da söllent mir die von baden behulffen sin vnd ir bestes darzue tuon engevarlich daz die richtung von mir end den minen vsgenomen wird.

So enthält die Richtung nicht nur das Geloben des Friedens, sondern auch die Verpflichtung, den friedversagenden Genossen ebenfalls zur Aufnahme des Friedens, und zwar wenn nöthig, sogar mit Gewalt zu zwingen.

Die Aufnahme des Friedens sichert mitunter Strafflosigkeit für die dadurch beendigten „Stösse“ und „Streitigkeiten“ zu. — So die Öffnung von Dietikon.

Wettinger Archiv, pag. 141:

Were ouch, das yeman in dem wirthshûs mit dem andren stössig wurde, das sich da vnfriedlich wort vnd werk machen wurden, wer da der wirt als gütig, das er sich darin leite vnd die, so strittig weren, mit einandren verträge vnd verrichte, da sy einander den wîn gebend; dasselb sölt also bericht sin, das minen herren von wettingen, noch einem vogt kein buos sölt verfallen sin.

Eine wenn auch nicht so ausdrückliche Bestimmung enthält auch das Stadtbuch (Art. 70 u. 71). — Schultheiss und Rath machen Frieden; ist er gemacht, so bekümmern sie sich nicht um das Vorangegangene, insofern „da nit misslicher wunden ist, da man den tod entsäe“. — Die

Stadtbehörde ist überhaupt nicht zur Verfolgung von Amteswegen verpflichtet. — Vom Hörensagen oder sogar wenn man ihn um einen Rath bittet, „onclagt“ darf der Schultheiss kein Strafverfahren anheben. — Seitdem ist die Polizei an die Stelle des Friedens getreten, die Verleider-Antheile sind erfunden worden, alle Justiz wird von Staatswegen geübt und die Theilnahme des Volkes an der Rechtsprechung und dem Rechtsleben ist verloren.

Die Strafen des Friedbruchs sind im Badenerrecht die gewöhnlichen. Wer im Frieden tödtet, wird als Mörder gestraft, wer den Frieden mit der Hand bricht, je nach der That an Leib und Gut. Wer den Andern freventlich und schalklich in seinem Haus überlauft, kommt um die Hand, er kann sie aber mit 10 $\tilde{\alpha}$ lösen. — Merkwürdig ist eine Bestimmung des Rechtes von Dietiken über Bruch des Hausfriedens:

Altes Urbar von Baden, pag. 36:

Welicher einen in sinem hūs vnder den rüssigen rafen freventlichen überlouft, verfalt jechlichem rafen nün pfund.

Der gebrochene Friede des Hauses musste dem Hause gesühnt werden; das Haus selbst, als Gegenstand des Vergehens, gibt das Mass der Strafe.

Es ist hier noch am Platze, eines Privilegiums zu erwähnen, das der Stadt Baden zustand. Durch Brief vom J. 1379, Prag am St. Gallentag (Badener Stadtarchiv) verleiht König Wenzel den Bürgern das Recht, „offen Ächter ze husen vnd ze hofen vnd alle Gemeinschaft mit innen ze haben“. — Die Acht hat mit der Friedlosigkeit den Zusammenhang, dass den Ächter Niemand in sein Haus aufnehmen noch nähren darf, wenn gleich sein Leib Niemandem erlaubt ist. — Das Privilegium wurde später durch König Sigmund erneuert (Brief vom Sonntag nach Martini 1417. Stadtarchiv Baden). Die Stadt hat öfter davon Gebrauch gemacht.

Art. 78—109.

Frevel.

Wer eines Frevels wegen verurtheilt wird, bezahlt an „Busse“ oder „Besserung“ 1) dem Kläger 3 β , 2) dem Schultheissen 3 β , 3) der Herrschaft 3 $\tilde{\alpha}$; ferner an „Einung“ der Stadt einen je nach dem Frevel verschiedenen Betrag, und endlich an den Geschädigten neben der Busse noch Schadenersatz. — Der Umstand, dass neben dem Kläger sich die Herrschaft mit dem Richter oder Andern in die Busse theilt, kommt oft vor und hat nichts Auffallendes; wohl aber scheint es seinen eigenen Grund zu haben, dass neben der bei der Mehrzahl der Frevel gleichen Busse, an die Stadt eine in jedem Fall besonders bestimmte Strafe unter dem Namen „Einung“ bezahlt werden soll. — Für die Stadt war die Einung eine wesentliche Einnahmsquelle; ein jährlich vom Rathe gewählter Einungsmeister hatte den Einzug zu besorgen. — Dass sie aber nicht ungebührlich ausgebeutet wurde, zeigt Art. 108.

Auch hier finden wir nicht nur eine bedeutende Bevorzugung des Bürgers vor dem Gast, sondern auch eine solche der Stadt vor dem ausserhalb gelegenen Theil ihres Gerichtes (Art. 79. 103 u. ff.). Bemerkenswerth ist auch die Bevorzugung der Frau vor dem Mann (Art. 105).

Art. 105.

„Under dem rain zu beiden bädern.“

In dem österreichischen Urbar (Pfeiffer, pag. 80. 25) heisst Ennetbaden: „*baden zem dorfe, das in dem Sickental lit*“, auch die heutige Bezeichnung „*Enretbaden*“ kommt vor (S1. 5). Es geht schon aus der Lokalbeschreibung hervor, dass Pfeiffer im Irrthum ist, wenn er dafür hält, unter baden zem dorfe sei die heutige Stadt zu verstehen. — Das Verhältniss, in welchem die Stadt zu dem Dorfe Ennetbaden stand, war schon frühe ein Streitiges. In dem alten Urbar von Baden findet sich die Abschrift eines Briefes von Herzog Leopold (Baden im Aargau, Dienstag nach St. Agnesen 1386). Dieselbe lautet:

*Wir Lüpold von Gottes gnaden herzog zu österrich, stir, ze kern-
den, ze krain, graue zu tirol etc. tuond kund vmb den stoss zwiscent
ensren getrüwen den burgern von baden eins teils vnd den lüten im
siggental an dem andren, von der lüten wegen von ennetbaden vnd
von dem siggental, die burger da sind: daz unser herren vnd rät vor
uns erfunden haben, daz dieselben burger von den gütren, daruf si vor
gesessen sind, all stür vnd vāl vnd andre recht vnd dienst zu der obren
vnd nidren burg zu baden, oder dem gotshūs zu St. Bläsi, oder wohin si
gehörend, geben vnd tuon sollend, als si die vor davon geben vnd ge-
than habent, oder si sollend dieselben güter mit andren lüten besetzen,
die dann davon dieselben stüren, zins, vāl, recht vnd dienst geben vnd
tuon als si selber geben vnd täten vnd als es von alther komen ist; Ane
geuärde; darone meinen wir ernstlich, daz es bedenthalb daby plibe.
Mit urkunde ditz briues, geben zu baden im ergäu am Zinstag nach
sant agnesen tag nach christus geburdt dritzehnhundert iar demnach
in dem sechsundachtzigsten iar.*

Wie sich hieraus ergibt, dass i. J. 1386 auf einzelnen Gütern von Ennetbaden „Burger von Baden“ sassen, so geht aus einem Spruch vom J. 1421, der sich in dem gleichen Urbar aufgezeichnet findet, im Weiteren hervor, dass der Stadt Baden die grossen und kleinen Gerichte in Ennetbaden zugesprochen wurden, *aber vmb alle stüren vnd alle ander dienst gross vnd klein, so das ampt (Siggenthal) den eydtgnossen oder dem vogt ze baden von rechts wegen gepunden sind, darum sond die von ennetbaden dem ampt hülflich sin vnd die dienst helfen tuon, als das ouch von alter harkumen ist; aber vsgenomen die fünf hofstett nid dem rain zu den cleinen bedren vnd vier darob — — die nün hofstatt sond in deheinen sachen weder mit dem vogt noch mit dem ampt nichtz zu schaffen haben vnd sol ouch dhein ander hofstatt nit burgerhofstatt heissen vnd sin; dann die ouch hinathin ewenklich daby pliben.*

Schon im österreichischen Urbar (S1. 15) treffen wir in Ennetbaden auf diese Burger von Baden. Die Leute im Dorfe beklagen sich nämlich, dass sie die grossen Steuern nicht mehr ertragen können, „*wan wol uf xx der besten, sô si vnder inen hatten, inen niht mer helfent stüren davon, wanne si burger sint worden ze baden*“.

Wir haben nun gesehen, dass sie diesen Zweck im Jahr 1421 erreichten, nachdem noch i. J. 1386 Herzog Leopold ihre Präntensionen zurück gewiesen hatte.

Ueber das Verhältniss, in welchem die grossen Bäder zu der Stadt gestanden haben, geben unsere Quellen keinen Aufschluss. Wahrscheinlich sassen auf den dortigen Gütern auch schon früh Bürger von Baden und gehörten unter die Gerichte der Stadt.

Die älteste noch vorhandene Markbeschreibung rührt vom J. 1422. Damals setzten „der Eidgenossen Boten“ zu Baden die „Kreutz oder Gerichtsstein“. — Die grossen und kleinen Bäder sind inbegriffen und die alte Grenze namentlich auch gegen Wettingen hin erweitert, das bisanhin seinen Grenzstein bei der „niedern Burg“ gehabt hatte.

Art. 110.

M o r g e n g a b e .

Unser Stadtbuch enthält hierüber in Art. 110 nichts Bemerkenswerthes, indem vielfach auch in andern Rechten die Bestellung der Morgengabe ab Seite der Frau zu Gunsten des Mannes vorkommt. — Eigenthümlich hat sich das Recht in dieser Beziehung in Kaiserstuhl ausgebildet. Nach dem dortigen Erbrechte konnten nämlich zugebrachte Kinder mit allen Wirkungen der Adoption zur Morgengabe gegeben oder „angewünscht“ werden. Wurden aber in der Ehe später Kinder geboren, so fiel die Wirkung der Morgengabe dahin. Dadurch unterscheidet sich die „Anwünschung“ wesentlich von der Einkindschaft.

Kaiserstuhler Erbrecht, Art. 8:

Begibt es sich auch zuo zeiten, dass zwei Gemächde nach verrichtem kirchgang vnd beschliessung der dekhî eines so in elichem stand gewesen vnd kinder erzeuget hat, seiner kindereren einss oder mehr dem anderen, seinem ledigen ehgemächd, zur morgengab gibt, welches auch von dem anderen für ein morgengab vnd sin eigen kind vffgenomben wird, allda soll erleuthert sein, so in diser irer nüwen ehe in das künfftige eliche kinder erzeuget werden, sol dise aufnembung todt ab vnd ongültig sein.

Solten aber nach solcher vffnamb keine eliche kinder uolgen oder in währendter diser ehe Todtss verfahren, vff solchen fahl soll diese aufnamb vnd anwünschung vor vogt vnd rath gebracht vnd wen sye allda bestätigt ist, als denn soliches kind, sovil den erbval des anwünschendten vatters oder muter betrifft, für ein rechtess natürlichess ehehind gehalten werden.

Die Bestimmung, wonach eine Morgengabe innert Jahresfrist vom Abschluss der Ehe an bestellt werden konnte, war dem ältern Recht unbekannt; dasselbe bezeichnet den Morgen nach der Brautnacht als den gehörigen Zeitpunkt. In einem Vertrage von 1397 (Stadtarchiv Baden) kommt die Stelle vor:

— — vnd so si des ersten Morgens von im vff stat in bruts wis, sol er ir zuo Morgengab geben 7 ũ.

Es beweist diese Urkunde, dass der Artikel über die Morgengaben (110) in dem Stadtbuche von 1384 jedenfalls nicht enthalten war (siehe Anmerkung zu Art. 1).

Art. 115.

Fleischschätzen.

Das Recht des Schultheissen, „den Hirten zu bannen und heissen das Fleisch geben, wie si ye denn wend,“ bezieht sich nur auf dasjenige Schlachtvieh, welches auf die Almende zur Weide getrieben wurde. Es ergibt sich das unzweifelhaft aus folgender Stelle der Offnung von Baden und Dätwyl:

Vnd welcher metzger sine schaf in die obgemeldt weidgäng tribe vnd darin zur weid liesse, wan die acht tag darin gangen sind, so sollen dieselben schaf dannathin zuo baden an der nagleten vnder der school verkauft vnd vsgewogen vnd nit mer sammenthast verkost werden.

(Offnung von Dätwyl vom J. 1456. Stadtarchiv Baden.)

Art. 123.

Gerichtliche Pfändung.

Wer eine gichtige Forderung an dem Andern hat, kann ihn pfänden. Eine Bewilligung des Gerichts braucht er nicht. Der Gläubiger selbst geht mit dem Weibel zu dem Schuldner und fordert ihm Pfand. — Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass der Weibel nach altem Recht nicht die heutige untergeordnete Stellung hatte. Nach dem Stadtbuch werden die Weibel von dem Schultheissen, beiden Räthen und den Vierzigen ernannt und schwören: „gemein richter zuo sin den armen als den richen“ (Art. 30). — Der Schuldner ist verpflichtet, Pfand zu geben, gleich viel ob er die Forderung anerkennt oder nicht; der Weibel soll ihn aber hierüber fragen: „ob er die pfender für verrechtfertiget gäb“ (Art. 123). In erster Linie müssen fahrende Pfänder gegeben werden, dann liegende; beide sollen ein Drittheil mehr werth sein als die Schuld beträgt — Erklärt der Schuldner bei der Pfändung, dass er dieselbe nicht anerkenne, oder was dasselbe ist, gibt er die Pfänder nicht für verrechtfertiget, so hat die Rechtfertigung vor dem Gericht durch den Gläubiger stattzufinden. Ist sie erfolgt oder ist die Pfändung nicht bestritten worden, so werden die Pfänder vierzehn Tage nachher, am Dienstag (Markttag) auf der Stadt Gant gelegt. — Bietet drei Markttag nacheinander niemand darauf, so kann am vierten Markttag der Gläubiger selbst bieten.

Mit diesen Bestimmungen im Zusammenhang steht Art. 100 des Stadtbuches. Wer dem Weibel ertheilte Pfänder verwehrt, wenn er sie zum Verkauf wegnehmen will, verfällt in eine Busse von zwei Pfund. — Diess ist der gewöhnliche Rechtstrieb, welcher mit demjenigen der Grafschaft im Ganzen übereinstimmt. — Nach dem alten Urbar von Baden besteht nur der Unterschied, dass in der Grafschaft zuerst „essende Pfand“ vor andern fahrenden Pfändern gegeben werden müssen und dass der Verkauf schon acht Tage nach der Pfändung gestattet ist. Wer Pfand versagt, bezahlt zwei Pfund Busse.

Dem gewöhnlichen Rechtstrieb gegenüber waren einzelne Forderungen bevorzugt, andere benachtheiligt.

Bevorzugt und benachtheiligt zugleich ist der Gast gegenüber dem Bürger, insofern er die Pfänder an drei auf einander folgenden Tagen

auf die Gant legen kann, während anderseits es ihm nicht erlaubt ist, selbst auf die Pfänder zu bieten oder sie an sich zu ziehen. (Art. 129.)

Gar kein Pfändungsrecht haben Zinse, welche älter als drei Jahre sind; das Forderungsrecht geht zwar nicht verloren, aber es kann nur beim Concurs geltend gemacht werden (Art. 124). Das gleiche Recht besteht der Sache nach noch heute in der Vorschrift, dass ältere Zinse im Concurs schlechtern Rang haben sollen als das Kapital.

Bevorzugt sind in dem Pfandverfahren die Dienstboten und die Tagelöhner. — Dienstboten, welche von ihren Meistern nicht bezahlt werden, sind berechtigt, auf Kosten dieser in einem Wirthshaus zu zehren, bis die Zahlung erfolgt (Art. 127). — Es hat dieses Verfahren mit der Giselshaft Aehnlichkeit, von welcher in Art. 25 gesprochen wird.

Davon unterschieden werden Tagelöhner, Holzhauer oder solche, „die ander Lidlon verdienen“ würden. — Diese haben nur einen beschleunigten Rechtstrieb. — Zu bemerken ist, dass das Stadtbuch nur Tagelöhne, nicht aber die Löhne angestellter Dienstboten zu den Lidlöhnen rechnet. — Wer in der Grafschaft um Lidhon beklagt wird, verfällt in 2 ℔ Busse, und die Pfänder für Lidhon können „über drei Nächte“ verkauft werden.

Ein weniger weit gehendes Privilegium haben die Zinsforderungen (Zinse, die auf Grundstücken haften). — Vierzehn Tage nach der Pfändung soll der Verkauf an drei nach einander folgenden Tagen erlaubt sein (Art. 126).

Art. 125. 134. 135.

Freiwillige Pfandbestellung.

Verheimlichung vorgehender Pfandrechte bei freiwilligem und Zwangspfand wird mit Geldbusse und Verbannung bestraft (Art. 125). — Von einer Mitwirkung des Rathes bei Liegenschafts-Verpfändungen sagt zwar das Stadtbuch nichts, wohl aber setzt sie das Rathsprotokoll ausser allen Zweifel. — Art. 134 enthält die Vorschrift der *lex commissoria*; wahrscheinlich Einfluss römischen Rechtes. — Das strenge Recht der Giselshaft wird durch Art. 25 gemildert, wodurch demjenigen „der Giselshaft uf sich gedinget“, erlaubt wird, die Folgen derselben abzuwenden, insofern er die Forderung mit Pfändern sicher stellt, die eines Drittheils mehr werth sind. — Der Verkauf der Pfänder ist aber, mit Ausschluss der Einlösung von Seite des Schuldners, schon auf dem nächsten Markt gestattet.

Art. 130.

Anleihen auf Ziel und Tag. Kauf gegen baar. Forderung aus einem Vergleich.

Wer den Verbindlichkeiten nicht Genüge thut, welche aus diesen Rechtsgeschäften entstehen, verletzt in höherm Masse als ein anderer saumseliger Schuldner das öffentliche Zutrauen, auf dem die Sicherheit des Verkehrs beruht. Aus diesem Grund wird gegen ihn ein strengeres Rechtsverfahren eingehalten. Während bei der Pfändung der Gläubiger für sich allein zu handeln hat, finden wir in diesen Fällen schon von Anfang an die Mitwirkung des Schultheissen. Der Schuldner wird um zwei Pfund gestraft und es wiederholt sich die Busse, wenn er nicht auf die Mahnung des Weibels am gleichen Tag den Gläubiger klaglos stellt.

Schultheiss und Rath behalten sich überdiess ihre freie Entschliessung vor. — Auf diese Weise wird der Schuldner ohne Pfändung von Gerichtswegen zur Zahlung gezwungen. (Vergleiche Blumer, Rgesch. 2. Thl. II. 106.) Unter den „Tedingen“ sind wahrscheinlich Vergleiche wegen begangener Frevel zu verstehen. Es scheint oft vorgekommen zu sein, dass die Parteien von den Vögten und Gerichten „zuo tedingen geschiben“ (verwiesen) wurden. — So sagt das alte Urbar von Baden:

*Wo buossen oder frevel fallent vnd die vögt mit den lüten ver-
tedingent etc. —*

Art. 131.

Das Richschloss.

Wenn der Schuldner „weder pfand noch pfenning“ zu geben hat und der Gläubiger beschwört, dass er in Besorgniss sei, seine Forderung zu verlieren, so wird dem Schuldner „das Richschloss angeschlagen“. — Er ist verpflichtet, eidlich sein liegendes und fahrendes Vermögen anzugeben und mit seiner Familie sein Haus zu verlassen. — Die Masse liegt 6 Wochen und 3 Tage im Richschloss und wird dann auf öffentlicher Steigerung verkauft. — Ueber die Art der Vertheilung des Erlöses sind unsere Quellen ziemlich sparsam.

Ist einer Frau eine Morgengabe bestellt worden, so hat sie dieselbe im Concourse zu beziehen „vnd sol gegurtet üsgan wie si denn zu den vier hochzitlichen tagen zuo kilchen vnd stras gangen ist.“ — Dass ihr eine Morgengabe bestellt worden, darf die Frau durch ihren Eid beweisen, nicht aber den Betrag derselben, der, wenn nicht Zeugen oder Urkunden ihn darthun, auf 10 Pfund angenommen wird. — Hat die Frau auf die Morgengabe hin Schulden gemacht, so kommen sie bei dem Concourse davon in Abzug (Art. 110).

Ausser der Morgengabe scheint die Frau in dem Concourse des Mannes weder ein Vindikations- noch ein Forderungsrecht gehabt zu haben. Es stimmt damit auch noch das Erbrecht der Stadt Baden vom J. 1620 überein, das sagt:

„Es ist auch bisher gebraucht worden, dass wenn zwey Ehemenschen liederlich husendt, dass es zuo einem auffal käme, — — dass alsdann durch Mittel der Obrigkeit Inen aufs wenigst ir hochzeitliche vnd beste kleider mögen gelassen werden.“

Das Erbrecht von Birnenstorf (im alten Urbar von Baden) enthält eine ähnliche, wohl weit ältere Bestimmung:

„Wan ein frow vngeerbt üsgat, nimpt si ir morgengab vnd verschroten gewand vnd gât damit üs; hat si aber deheinen gülden verheissen, den müs si helfen bezalen.“

In welchem Range nun aber die Morgengabe angeschrieben worden sei, wissen wir nicht; wahrscheinlich wenn nicht eine förmliche Pfandbestellung vorlag, erst nach den „verbrieften Zinsen“ und „den Lidlönen“. — Die Currentschulden werden in dem Rang bezahlt, in welchem sie angemeldet werden (an dem ruof sind); — die Bürger von Baden gehen jedoch den Fremden vor; — ebenso geliehenes Geld vor Zehr- geld (Art. 139) und bei Verwundungen der Wirth dem Arzt (Art. 80).